

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 93 (2013)
Heft: 1005

Artikel: "Ich rede, wenn ich etwas zu sagen habe"
Autor: Scheu, René / Rittmeyer, Florian / Wehrli, Rudolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-737009>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



«Die Mehrheit will einfach immer mehr, das ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Da unterscheidet sich der Büezer mit dem Schweizer Durchschnittslohn von 6000 Franken kaum von einem Angestellten des mittleren Kaders mit 10000 oder 20000 Franken Monatslohn – und ein Sozialdemokrat nicht von einem Liberalen.»

Rudolf Wehrli

«Ich rede, wenn ich etwas zu sagen habe»

Aufmerksamkeit ist mehr wert als ein neues Auto. Ein Liter Benzin müsste vielleicht 5 Franken kosten. Das rein quantitative Wirtschaftswachstum führt in die Irre. So spricht der Theologe, Philosoph und mehrfache Verwaltungsrat Rudolf Wehrli. Wie genau tickt der Präsident des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse?

René Scheu und Florian Rittmeyer treffen Rudolf Wehrli

Herr Wehrli, wir hatten bereits im Sommer 2012 ein Gespräch vereinbart. Aber dann wurden Sie Präsident von Economiesuisse...

...und seither wird von mir erwartet, dass ich den Mund öffne, sobald irgendwo ein Mikrophon herumschwebt oder eine Kamera läuft. Ich rede lieber, wenn ich etwas zu sagen habe.

Davon wollen wir uns heute überzeugen. Als Sie Ihren neuen Verbandsjob im Oktober 2012 antraten, war die Lage dort bereits unruhig und unübersichtlich, heute machen uns sämtliche Tageszeitungen der Schweiz glauben, sie sei chaotisch. Warum tun Sie sich das an?

Die Frage ist berechtigt. Bloss: der Verband vertritt 100 000 Unternehmen mit rund zwei Millionen Beschäftigten in der Schweiz. Es scheint mir eine würdige Aufgabe, mich für die Qualität und gute Bedingungen für sie an diesem Standort einzusetzen.

In einer Ihrer Dissertationen zitieren Sie den Aphoristiker Georg Christoph Lichtenberg mit den Worten: «Beifall ist für mich der grösste Triumph. Wahrlich, ich verlange keinen grösseren Lohn.» Hand aufs Herz: Welchen Beifall haben Sie sich als Präsident des grössten Schweizer Wirtschaftsverbands erhofft?

Sie werden es nicht glauben: keinen. Ich wurde gefragt, und ich habe das Amt nach einigem Überlegen angenommen. Aus Pflichtgefühl gegenüber den Unternehmern, den Arbeitnehmern, dem Land. Eigentlich hatte ich mich schon darauf gefreut, meine Habilitation, die ich vor über 35 Jahren beim politischen Philosophen Hermann Lübbe begonnen habe, endlich fertigzuschreiben. Thema: «Gegenseitige Abhängigkeit und Verstärkung von politischen und religiösen Orientierungssystemen».

Es wurmt Sie tatsächlich, dass Sie die Arbeit nie zu Ende gebracht haben?

Ich bekam die grossartige Chance, bei McKinsey einzusteigen, und Lübbe sprach mir damals Mut zu: «Herr Wehrli», sagte er, «ich will genau solche Leute ausbilden, die in der harten Realität die Philosophie praktisch werden lassen.» So wie es mich in meinen jungen Jahren vom Schreibtisch in die Industrie zog, verspüre ich seit einiger Zeit wieder Lust, reine Denkarbeit zu leisten. Aber dann kam die Anfrage dazwischen, das Präsidium von Economie-

Rudolf Wehrli

ist Präsident des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse, Verwaltungsratspräsident von Clariant und u.a. Verwaltungsrat der Kambly SA. Wehrli wurde an der Universität Zürich in Theologie und Philosophie promoviert. Während der Habilitation stieg er bei McKinsey & Co. ein und arbeitete in verschiedenen Führungspositionen in international tätigen Unternehmen, u.a. als CEO der Gurit-Heberlein Group.

suisse zu übernehmen. Und ich habe meine Pläne hintangestellt und zugesagt.

Das Präsidium ist ein Teilzeitjob.

Grundsätzlich haben wir uns auf 35 Prozent verständigt, praktisch ist es weit mehr. In den kommenden drei Jahren widme ich mich nun aber mit Engagement dieser neuen Aufgabe. Meine eigene Person und Befindlichkeit spielen dabei eine untergeordnete Rolle. Meine Aufgabe besteht nicht darin, Beifall zu ernten, sondern darin, mich zum Wohle des Wirtschaftsstandorts einzusetzen.

Dennoch: Kritik bedeutet in medial animierten Gesellschaften stets auch Angriffe auf die eigene Person. Es geht also weiterhin auch um Ihre Person, ob Sie wollen oder nicht...

...natürlich wünschte ich, es ginge mehr um Inhalte und Sachfragen als um Personen. Es wird auf den Mann gespielt, das muss man wissen, wenn man sich als öffentliche Person exponiert. Mir war von Beginn an klar, dass man als Präsident von Economiesuisse zur Projektionsfläche für vieles Böses auf dieser Welt wird. Damit muss man leben. Sie werden mir darum heute keine Wehklagen entlocken.

Kommen wir also zu den Inhalten. Sie sprechen von «dem» Wirtschaftsstandort Schweiz. In Wahrheit gibt es «den» Standort nicht. Es gibt bloss verschiedene Interessen verschiedener Wirtschaftsakteure: von Banken, KMU, multinationalen Unternehmen...

Zugestanden: Natürlich kann man nicht von «der» Wirtschaft sprechen. Und natürlich gibt es in spezifischen Fragen unterschiedliche Interessen unterschiedlicher Firmen. Die Medien bauen aber die Differenzen gerne auf, es gehört zu ihrem Kerngeschäft, den Dissens zu bewirtschaften. Ich mache ihnen deswegen keinen Vorwurf. Was mich jedoch stört, ist der Umstand, dass die

gemeinsamen Anliegen konsequent ausgeblendet werden. Auch das ist ja eine triviale Erkenntnis – von guten Rahmenbedingungen profitieren letztlich alle Unternehmen.

Nicht alle verstehen dasselbe unter «guten Rahmenbedingungen». Gerade im Fall der Minder-Initiative hat sich gezeigt: KMU und multinationale Unternehmen scheinen nicht mehr die gleiche Sprache zu sprechen.

Innerhalb des Verbandes kennen wir drei inhärente Gegensätze: den zwischen internationalen Firmen und Unternehmen, die in der Binnenwirtschaft operieren, den zwischen kleinen Gewerbebetrieben und grossen Konzernen und jenen zwischen Werkplatz und Finanzplatz. Aber zugleich verhält es sich nun mal so, dass internationale und heimische Firmen in der ganzen Wertschöpfungskette zusammenarbeiten, dass kleine und grosse Unternehmen einander zudienen, dass Finanz- und Realwirtschaft sich wechselseitig befruchten. Im allgemeinen gilt darum: Was gut für die einen ist, ist auch gut für die anderen. In einzelnen Dossiers und Sachfragen können die Branchen selbstverständlich zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen kommen. Dann ist der Verband gefordert, Klärungsarbeit zu leisten.

Was tut dann der Verband, der angeblich alle Interessen vertritt?
Wir haben das Gesamtwohl im Blick.

Das klingt schön, aber das Gesamtwohl steht ja gerade in Frage.
Wir reden mit den Leuten, prüfen die Vorlagen und einigen uns dann auf jene Position, welche die Gesamtinteressen des Wirtschaftsplatzes am besten vertritt.

Also gut. Wo liegen konkret die gemeinsamen Anliegen?

Das flexible Arbeitsrecht und das duale Berufsbildungssystem zählen zu den ganz wesentlichen Standortvorteilen. Sie sorgen dafür, dass der Arbeitsmarkt dynamisch und die Arbeitslosigkeit tief bleibt, gerade unter Jugendlichen. Ulf Berg hat in einem Beitrag in Ihrer Zeitschrift überzeugend gezeigt, dass es zwischen der Maturandenquote und der Zahl junger Arbeitsloser eine klare Korrelation gibt: je höher die erste, desto höher auch die zweite. Das Schweizer Ausbildungssystem ist praxisnah. Dabei ist die Durchlässigkeit dank Berufsmatura und Fachhochschulen jederzeit gewährleistet. Dass in unseren Schulen Fremdsprachen gelehrt werden, ist ebenfalls ein enormer Vorteil. Es gibt in Europa drei Länder, in denen Mitarbeiter auch im mittleren Management mehrsprachig sind: Finnland, Holland – und die Schweiz. Alle drei haben kleine Heimmärkte. Die Mehrsprachigkeit qualifiziert die Menschen, rauszugehen und sich zu bewähren...

...das sind die klassischen Postulate...

...ja, klar, aber sie sind deshalb nicht weniger wahr...

...ein Streitpunkt war der harte Schweizer Franken.

Falsch. Unter Wirtschaftsvertretern war dies kein Streitpunkt.

Alle wollen einen starken, aber kompetitiven Franken. Es kann nicht sein, dass gut wirtschaftende, innovative Firmen plötzlich vor dem Aus stehen, bloss weil andere Staaten ihre Währung künstlich oder als Folge verludelter Staatsfinanzen abwerten. Dass die Schweizer Nationalbank eingegriffen hat, um die Untergrenze von 1.20 Franken zu verteidigen, war aus meiner Sicht absolut richtig. Der Franken ist zwar nach wie vor überbewertet, aber die Industrie hatte nun immerhin Zeit, sich an die neue Lage zu gewöhnen. Die Überbewertung hat viele Unternehmen zu einer brutalen Fitnesskur gezwungen, die sie insgesamt hervorragend bewältigt haben.

Tiefe Steuern?

Auf jeden Fall. Hier spielt der Wettbewerbsföderalismus. Ganz wichtig ist auch der einfache behördliche Weg. Der peruanische Ökonom Hernando de Soto hat Vergleichsstudien darüber angestellt, wie lange es in verschiedenen Ländern dauert, bis eine Firma gegründet ist. Die Unterschiede sind frappant – in Schwellenländern kann dies Jahre dauern. Aber auch europäische Länder machen ihren potentiellen Unternehmern das Leben unnötig schwer. In der bürger- und unternehmernahen Schweiz können Sie eine Firma in wenigen Tagen gründen...

...Sie malen das Schweizbild in sehr rosigen Farben. Die Gründung unserer Aktiengesellschaft hat mich schier in den Wahnsinn getrieben.
Wie lange hat es gedauert?

Einige Wochen. Und ohne Anwalt ging es nicht.
Und wie war der Umgang mit den Behörden?

Kooperativ, trotz allem.

Sehen Sie: das meine ich. Die Behörden sind im allgemeinen nicht abgehoben, sondern bürger-, also kundenorientiert. Einfache Prozesse im Umgang mit Behörden sind elementar für eine dynamische Wirtschaft. Unsere Behörden sind gesprächsbereit, selbstverständlich im Rahmen von Recht und Ordnung. Ich weiss aus eigener Erfahrung: Wer zwei Firmen fusionieren will, kann mit ihnen offen darüber reden, welche steuerlichen Konsequenzen dies hätte. Dann schaut man die Sache zusammen an. Glauben Sie mir: Das können Sie längst nicht überall.

Wenn sich die Unternehmen in diesen Punkten einig und die Mehrzahl der Bürger von diesen Unternehmen beschäftigt sind, wie ist es dann möglich, dass die steuerliche Belastung und die bürokratischen Hürden ständig zunehmen?

Gute Frage. Da muss ich grundsätzlich werden: Es gehört zu modernen Gesellschaften, dass sie sich immer mehr ausdifferenzieren und sich die Rechtssetzung immer stärker verästelt. Bereits Mitte der 1980er Jahre war die Rede von der «Verrechtlichung der Gesellschaft». Aus meiner Sicht ist diese Entwicklung eine Folge davon, dass sich allgemein verbindliche Werte auflösen, die zuvor innerhalb von Religion und Kultur verankert waren.



Rudolf Wehrli, photographiert von Giorgio von Arb.

Konkreter, bitte.

Wenn ein Handschlag und ein Blick in die Augen nichts mehr gelten, greift man eben zum Mittel der Verrechtlichung. Sie setzt dabei eine Dynamik in Gang, die man vielleicht bedauern, aber nicht ändern kann: Verrechtlichung erzeugt Misstrauen, Misstrauen erzeugt wiederum Verrechtlichung. Die Amerikaner sind Weltmeister in dieser Art des misstrauensbasierten Geschäftemachens. Bevor ich einst eine Schweizer Chemiefirma einer amerikanischen Unternehmung verkaufen konnte, mussten wir vertraglich zusichern, dass auf dem Gelände der Chemiefirma nie irgendwelche Altlasten entstanden waren, und zwar «from the beginning of the world until today». Die amerikanischen Anwälte beharrten auf dieser Formulierung. Mit Treu und Glauben kommen Sie hier nicht weit.

Täuschen wir uns oder schwingt da in Ihren Worten ein sanfter Kulturpessimismus mit? Eine Sehnsucht nach den guten alten Zeiten?

Absolut nicht, da haben Sie mich missverstanden. Ein Blick auf die letzten 2000 Jahre genügt, um zu sehen: Es gab immer wieder Phasen, in denen sich verbindliche Wertsysteme auflösten, und es gab Phasen, in denen sich verbindliche Systeme wieder herstellten. Nachdem im späten Mittelalter die Moralsysteme erodiert waren, bauten sich diese über Bettelorden und ähnliche Bewegungen bis hin zur Reformation wieder auf. Ich stelle einfach ganz nüchtern fest: Wir haben es mit Wellenbewegungen zu tun – Systeme kommen und gehen, Werte kommen und gehen. Und wir leben eben gerade in einer Zeit, in der gemeinsame kulturelle Werte verdampfen.

Wir stecken in der Tat in einem Wertewandel. Die Erwirtschaftung von Profit – eigentlich die ureigene Aufgabe einer Unternehmung – hat eine selten schlechte Presse. Die Wirtschaft steht unter Generalverdacht.

Wissen immer weniger Leute, dass das Wirtschaften letztlich darin besteht, Werte zu schaffen? Vielleicht. Ich weiss es nicht. Schauen Sie: Ich schloss das Gymnasium im Jahr 1968 ab, als in Europa die Studentenunruhen begannen – und in einem Punkt bin ich Marxist geblieben: Die materielle Basis ist das Fundament. Ohne diese Basis kann man sich alles andere, was dann im Marxismus «Überbau» genannt wird, gar nicht leisten. Moderner gesagt: Ökologie muss man sich zuerst leisten können, und vor allem: ein soziales Auffangnetz muss man sich leisten können, was bedingt, dass zuerst Werte geschaffen werden. Diese Werte entstehen nun mal in der Wirtschaft – und nicht dort, wo sie dann umverteilt werden. Gewerkschaften und sozialdemokratischen Politikern haben wir es zu verdanken – und ich stelle dies ebenfalls nüchtern fest –, dass wir in Zentraleuropa historisch einmalige, egalitäre Gesellschaften haben, deren Bürger im Vergleich über Jahrhunderte auf unglaublich hohem Niveau leben.

Warum freuen sich die meisten Leute dann nicht über ihren Reichtum?

Weil sich mit der Situation auch die Wahrnehmung der Situation verändert hat. It's all about perception!

Wenn der andere mehr hat als ich, fühle ich mich arm...

...auch wenn es mir objektiv ziemlich gut geht! Es gab immer Zeiten, in denen es kleinen Gruppen gut ging, das oberste Promille der Römer und Griechen lebte in Saus und Braus – basierend auf einer Sklavenwirtschaft. In der Schweiz leben heute – und ich weiss jetzt schon, dass ich für die Aussage kritisiert werde – 90 Prozent auf einem hohen Niveau. Noch nie gab es eine Zeit, in der so viele Menschen so gut abgesichert und dabei so gesund so lange lebten. Einerseits haben wir eine egalitäre Gesellschaft, und andererseits gibt es einige wenige, die sich in Stratosphären absetzen, die auf allgemeine gesellschaftliche Ablehnung stossen. Nun kommt es darauf an, wie man diese Situation gesamthaft interpretiert. Historisch gesehen macht die Rede von der immer weiter auseinandergehenden Schere wenig Sinn. In den Büchern des Alltagshistorikers Hans Peter Treichler lässt sich nachlesen, dass ein junges Paar aus industriellen Kreisen vor hundert Jahren für eine klassische Hochzeitsreise – Brenner, Florenz, Venedig – einen beträchtlichen Betrag hingelegt hat, der damals fünf Jahreslöhnen eines Angestellten entsprach. Heute leisten sich die meisten Frischvermählten eine Hochzeitsreise – nicht nur jene aus Unternehmerkreisen. Sie fahren allerdings nicht nach Venedig, sondern fliegen gleich in die Südsee. Der einzelne hat also nicht nur mehr Geld zur Verfügung, er bekommt auch mehr für sein Geld. Eigentlich phantastisch. Nur eben – es ist alles eine Frage der Perspektive.

Wenn Sie recht haben, müssten die Sozialdemokraten eigentlich jubilieren. Warum ist von Triumphgebaren so wenig zu spüren?

Die Raison d'être ihrer Politik besteht darin, immer mehr zu fordern – das gilt für die Sozialdemokraten, aber für viele andere auch. Wenn ich den Gewerkschaften und Sozialdemokraten jedoch etwas vorwerfe, dann, dass sie auf falsche Werte setzen. Ihre Umverteilungspolitik funktioniert nur, wenn der Kuchen ständig wächst. Das ist ihnen auch durchaus bewusst. Deshalb tragen sie – anderslautender Rhetorik zum Trotz – das bloss quantitative Wirtschaftswachstum mit. Die ökologischen Folgen dieser Art des nicht nachhaltigen Wirtschaftens werden dabei ignoriert. Die Mehrheit will einfach immer mehr, das ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Da unterscheidet sich der Buezer mit dem Schweizer Durchschnittslohn von 6000 Franken kaum von einem Angestellten des mittleren Kaders mit 10 000 oder 20 000 Franken Monatslohn – und ein Sozialdemokrat nicht von einem Liberalen.

Auch eine solche Art von Kritik muss man sich erst mal leisten können.

Dann sollten wir sie uns auch leisten! Es ist ein Kurzschluss, Arbeit und Leistung allein materiell entgelten zu wollen. Unsere Vorstellung von Arbeit ist immer noch stark marxistisch geprägt: Arbeit gleich Entfremdung. Und weil man sich entfremdet fühlt, will man dafür mit möglichst viel Geld entschädigt werden...

Paradoxerweise helfen die Neoliberalen mit, diese Auffassung zu etablieren, indem sie in Vergütungen auf monetäre Anreize setzten.

Mir geht der Begriff «neoliberal» auf die Nerven, das ist eine Kampfvokabel der Linken, Newspeak. Aber im Kern stimmt folgendes: Viele Unternehmer und Wirtschaftsvertreter haben es sich zu leicht gemacht, als sie die Gleichung verkündeten: Wert = Geld. Wert heisst nicht immer Geld, es geht gleichermassen um immaterielle Werte: Identifikation mit der Arbeit, Identifikation mit der Firma, Engagement in einem Umfeld, das Ihnen wichtig ist, ein Austausch von Aufmerksamkeit und Wertschätzung. Das meine ich, wenn ich von Sinn rede. Sinn ist viel mehr wert als ein grösseres Auto. Persönlich halte ich mich für einen genügsamen Menschen, aber ich stelle ja an mir selbst fest: Man gewöhnt sich an nichts schneller als an zunehmenden Komfort. Aber der Effekt verpufft irgendwann.

Schön und gut, aber wo sind die glaubwürdigen Exponenten der Wirtschaft, die den Mut haben, öffentlich hinzustehen und zu sagen: Liebe Leute, wisst ihr eigentlich, wie Wohlstand geschaffen wird, in welcher egalitäreren Gesellschaft ihr lebt und wie viel bereits umverteilt wird?

Wer hinsteht und so argumentiert, wird sofort zum Buhmann.

Sollte Economiesuisse in solchen Zeiten nicht beispringen und Schützenhilfe leisten?

Das tun wir ja. Wir publizieren nackte Zahlen, die derartige Vorstösse mehr als rechtfertigen, ja sie untermauern. Nur gehen Zahlen und Appelle im Mediengetöse unter. Die Resultate unserer Studien erscheinen dann in einer Meldung von 10 Zeilen. Wir zeigen immer wieder auf, von wem der Staat in der Schweiz finanziert wird, wer überproportional in die Sozialwerke einzahlt, wie der überobligatorische Teil der Pensionskasse den obligatorischen Teil quersubventioniert. Ein konkretes Beispiel, das ich habe rechnen lassen: Ein mittlerer Mitarbeiter mit einem Jahreslohn von 70 000 bis 80 000 Franken, der heute in Rente geht, nimmt circa 100 000 Franken zu viel Deckungskapital mit. Dies geschieht zulasten der Kasse und damit zulasten der nächsten Generation. Das geschieht täglich, wöchentlich, monatlich, jährlich, ohne dass jemand auf die Barrikaden geht. Ich frage Sie: Wo bleibt hier die Empörung?

Die Empörung folgt, wenn sich falsche politische Versprechungen in Luft auflösen und die Bürger vor existenziellen Problemen stehen, weil sie ihnen aufgesessen sind.

Richtig. Aber es braucht wohl einen Leidensdruck, der gross genug ist, damit die Dinge gesamthaft in Bewegung geraten. Traurig, aber wahr. Wir leben einfach zulasten der nächsten, übernächsten und der darauf folgenden Generationen. Gerhard Schwarz zeigte kürzlich in seiner Kolumne in der NZZ detailliert auf, dass die OECD-Staaten viel höher verschuldet sind, als dies aus offiziellen Statistiken ersichtlich hervorgeht. Es geht hier nicht um Verschuldungen in der Höhe von 100 oder 200 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Wenn man zu den ausgewiesenen Schulden die implizite Staatsverschuldung hinzuzählt, beträgt die Quote

bis Faktor 10 des BIP. Die Welt ist voller ungedeckter Wechsel. Das ist nicht nachhaltig.

Von Nachhaltigkeit sprechen heute alle, die das Gefühl haben, Gutes zu tun – die daraus auch gern einen Anspruch auf Subventionen ableiten. Bitte definieren Sie also an dieser Stelle, was Sie unter Nachhaltigkeit konkret verstehen.

Nachhaltigkeit wird häufig aus einer ökologischen Perspektive betrachtet. Deshalb hat sie in Wirtschaftskreisen auch nicht den besten Ruf. Man hat das Gefühl, Nachhaltigkeit sei für Softies und Gutmenschen, die in Heilandsandalen unterwegs sind. Das ist falsch. Für mich hat Nachhaltigkeit stets drei Dimensionen, die zusammenhängen: eine ökonomische, eine soziale und eine ökologische. Es geht letztlich darum, eine Perspektive einzunehmen, die das eigene Tun in einen grösseren Kontext – in ein generationenübergreifendes Kontinuum – stellt.

Zum Beispiel?

Nehmen wir unsere Sozialwerke. Die Lage der 2. Säule ist ebenso dramatisch wie jene von AHV, von IV und ALV. Die IV schuldet der AHV 15 Milliarden – eine Rückzahlung ist nicht in Sicht. Und der zweite Schritt der IV-Sanierung, der auf der Kostenseite, wurde im Parlament einfach wegdebattiert. Ich sehe das so: Jede Generation befindet sich in einem Kontinuum von Generationen, jenen vor ihr und jenen nach ihr. Wir profitieren heute von den Investitionen, die unsere Vorfahren in den Gotthard-Tunnel getätigt haben, ins Bahnnetz, in jede Art von Infrastruktur. Das Berner Oberland profitiert davon, dass Adolf Guyer-Zeller die verrückte Idee hatte, eine Bahn aufs Jungfraujoch zu bauen. Wir profitieren alle davon, dass unsere Urgrossväter Stauseen gebaut haben. Und was leisten wir heute? Wir bauen natürliche Ressourcen ab, verschwenden sie und überlassen kommende Generationen ihrem Schicksal.

Da ist er wieder, der Kulturpessimismus.

Nein, bloss nüchterne Bestandsaufnahme. Ich habe meinen Kindern schon vor zehn Jahren gesagt: Der Kulminationspunkt unseres Wohlstands liegt hinter uns. Was für uns heute zählt, ist bloss das Heute.

Sie übertreiben.

Keineswegs. Die Wahrheit ist: Wir denken nur an uns. Konkret behaupte ich etwa, dass – und das hören viele nicht gerne – Mobilität viel zu billig ist. Und weil sie so billig ist, gehen wir so verschwenderisch mit ihr um. Ich kenne Leute, die tagein, tagaus von Echallens oder Avenches nach Zürich pendeln. Mitte Februar haben sie den Break-even ihres 1.-Klasse-GA erreicht – das ist natürlich völliger Unsinn. Wir verhalten uns unökologisch, weil es uns nichts kostet. Damit sich diese Einstellung ändert, müsste der Benzinpreis auf 5 Franken pro Liter erhöht werden – dieser Vorschlag hat für einigen Wirbel gesorgt. Man kann darüber geteilter Meinung sein, aber das magische Wort ist: Kostenwahrheit. Gehen wir mal davon aus, dass dies ein realistischer Preis



Lex and the City

Mirjam B. Teitler

Lachende Anwälte

Auf meiner Floridareise stechen mir am Strassenrand riesige Plakate ins Auge. Darauf strahlen glücklich geschiedene Frauen und wohlgenesene Männer um die Wette und fragen: «Time for divorce?» – «Did you have an accident?» Auf diese Weise werben amerikanische Anwälte um die Gunst potentieller Klienten.

So offensiv dürfte ich die Dienstleistungen meiner gerade eröffneten Kanzlei in der Schweiz nicht anpreisen – selbst wenn ich dies wollte. Gemäss schweizerischem Anwaltsgesetz muss Werbung objektiv sein und dem Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit entsprechen. Eigentlich ein Widerspruch. Denn Werbung ist niemals objektiv.

Nun hat das Bundesgericht das ohnehin schon strenge Gesetz noch restriktiver ausgelegt: Mit Urteil vom 25. Januar 2013 untersagt das Gericht einer Zuger Kanzlei, eine neun Meter breite und nachts beleuchtete Kennzeichnung anzubringen. Die anderen Unternehmen im Gebäude, die keine Advokaten sind, führen dagegen Schriftzüge im genannten Format. Faktisch ist das Urteil ein Werbeverbot für die Anwälte.

Die Richter begründen das Verbot unter anderem mit der Würde des Anwalts, der aufdringliche Werbung entgegenstehe. Das ist falsch. Denn die Wahrung der Würde des Anwalts hat der Gesetzgeber nicht verordnet, und sie ist weder eine richterliche noch eine gesetzgeberische Aufgabe.

Um das Anwaltsrecht den aktuellen Verhältnissen anzupassen, hat CSP-Nationalrat Karl Vogler in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Anwaltsverband (SAV) in einer Motion angeregt, das Anwaltsgesetz zu revidieren. Die Motion wurde von beiden Räten angenommen. Der Bundesrat ist jetzt beauftragt, dem Parlament einen Entwurf vorzulegen. Der SAV schlägt in seinem Gesetzesentwurf vor, auf Werbebeschränkungen zu verzichten. Das ist richtig. Denn es ist nicht einzusehen, warum Anwälte – anders als Treuhänder und allgemeine Rechtsberater – ihre Kundschaft nicht umwerben dürfen.

Es ist zu hoffen, das Gesetz werde im Sinne des Anwaltsverbands angepasst, damit meiner Kreativität und jener meiner Kollegen bei der Kundenwerbung keine unnötigen Grenzen gesetzt werden. Dank schweizerischer Zurückhaltung sind trotz Werbefreiheit keine amerikanischen Verhältnisse zu erwarten. Und selbst wenn man mit lachenden, glücklichen Menschen Klienten gewinnen kann: Was ist daran auszusetzen? Auch Zahnpasten werden nicht mit braunen Zähnen beworben.

Mirjam B. Teitler ist Rechtsanwältin und Partnerin bei Teitler Legal and Media Consulting.

wäre – was wäre die Konsequenz? Endlich hätten jene Autos Konjunktur, die tatsächlich weniger Kraftstoffe verbrauchen. Vom ganzen technologischen Fortschritt der letzten 50 Jahre flossen 80 Prozent in unnütze Leistungssteigerung und nur 20 Prozent in die Verbrauchssenkung.

Ein durchschnittlicher BMW wie auch ein Volkswagen verbrauchen heute statt 12 Litern pro 100 Kilometer 6 oder 7. Es sind vor allem die Kosten im öffentlichen Verkehr, die verzerrt sind. Die Verlagerung von der Strasse auf die Schiene ist politisch gewollt – sie geschieht im Namen der Ökologie...

Ich widerspreche: Der Konsument weiss weder beim privaten und schon gar nicht beim öffentlichen Verkehr, was die Leistung eigentlich kostet, die er beansprucht. Schauen Sie: Zum gleichen Preis wie während den Stosszeiten in der Agglomeration Zürich kann ich in der Zwischensaison jeden Tag um 10 Uhr von Madulain nach Garsun fahren. Das wird dann Service public genannt – in Wahrheit sind es bloss gewaltige Quersubventionen. Für Strasse und Schiene gilt die Regel: Je mehr ich fahre, desto mehr verteilen sich die Fixkosten, desto billiger wird es. Je mehr, desto billiger – also noch mehr und noch mehr, bis zum nächsten, wieder subventionierten Ausbau! Das ist rein quantitatives Denken, die Qualität bleibt aussen vor.

Der Service public ist eine heilige Kuh – ebenso wie das Autofahren. Dagegen kommen Sie niemals an.

Mobilitätsteilnehmer haben sich an diesen Komfort gewöhnt, das stimmt. Wer die ganze Situation aus übergeordneter Perspektive betrachtet, kommt aber unweigerlich zum Schluss: Was wir machen, ist marktwirtschaftlich und ordnungspolitisch kreuzfalsch.

Nur interessiert dies die Mobilitätsteilnehmer nicht.

Darum braucht es Aufklärung, also das, was wir hier und jetzt gerade leisten.

Sie sind ein Idealist.

Vielleicht. Um es pathetisch mit Johann Gottfried Herder zu sagen: Es geht um «die Beförderung der Humanität». Es bedarf der Aufklärung – nicht ein für alle Mal, sondern immer wieder. Vernunft und Rationalität kommen in der menschlichen Kreatur in Gottes Namen nun mal an zweiter Stelle. Aufklärer sind und waren immer schon in der Minderheit. Ob bei Herder, Lichtenberg oder Freud – es handelte sich immer um eine Ausdehnung eines kleinen Nukleus von Rationalität inmitten eines Meeres von Irrationalität. Aufklärer sind unentwegt damit beschäftigt, Dämme gegen Irrationalität zu bauen. Und ja, es stimmt, die menschliche Wahrnehmung ist irrational und ideologisch geprägt, nach dem Motto: Wenn die Welt nicht so ist, wie ich gerne hätte, dass sie wäre, nun wohl, dann hat die Welt eben Pech gehabt. Das ist kein Grund zur Verzweiflung, Aufklärung ist Arbeit für uns – und für kommende Generationen. ◀